



Sindelfingen in den fünfziger Jahren: Ein Mercedes 170 wird gebaut. Erst nach dem Krieg hat Deutschland die standardisierte Massenproduktion („Fordismus“) eingeführt. Das rückt sich heute.

Foto: dpa

# Hätten wir die Gastarbeiter nicht geholt

Deutschland hat massenhaft unqualifizierte Arbeiter angeworben, als die Massenproduktion ihren Zenit schon überschritten hatte. Jetzt haben wir Massenarbeitslosigkeit / Von Werner Abelsbauser

Sie wächst wieder: Fast wöchentlich müssen die Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft nach oben korrigiert werden. Pünktlich zum Start der großen Koalition bewegt sich die Investitionsnachfrage der Unternehmen wieder. Sollte es dabei bleiben, wird der konjunkturelle Aufschwung mit der typischen zeitlichen Verzögerung auch den Arbeitsmarkt erreichen. Wird die neue Regierung dann endlich das Arbeitslosenproblem los, bevor es das Vertrauen in das deutsche Wirtschaftsmodell nachhaltig erschüttert hat?

Man müßte schon naiv sein, um diese Hoffnung zu teilen. Gewiß, soweit die Arbeitslosigkeit konjunkturelle Gründe hat, wird sie im Aufschwung zurückgehen. Die Massenarbeitslosigkeit bleibt davon aber weitgehend unberührt. Seit den siebziger Jahren konnten konjunkturelle Aufschwünge den kontinuierlichen Aufbau eines wachsenden Arbeitslosensockels nicht verhindern. Dieser lag in der alten Bundesrepublik Anfang der siebziger Jahre auch in der Hochkonjunktur bei 150 000 Personen (1970), stieg bis 1980 auf 800 000, verharrte 1991 kurz bei

Ressource, die Arbeit, produktiv einzusetzen. Auf den ersten Blick drängt sich der Verdacht auf, Massenarbeitslosigkeit sei das sichtbare Zeichen des Niedergangs des deutschen Modells der korporativen Marktwirtschaft. Das Gegenteil ist richtig. Ihre Ursachen liegen nicht in zu hohen Kosten für Arbeit und Sozialstaat, sondern in einem systemfremden, historisch gewachsenen Überschuss unqualifizierter Arbeitskraft. Der säkulare Trend in der Veränderung der Tätigkeitslandschaft – weg von der materiellen, hin zur immateriellen Produktion – ist in Deutschland seit über 100 Jahren in besonderem Maße ausgeprägt. Die wichtigsten deutschen Exportbranchen – Maschinenbau, Chemie, Fahrzeuge und Elektrotechnik – ziehen den Großteil ihrer Wertschöpfung aus verwissenschaftlichter Produktion.

Inzwischen hat sich diese Produktionsweise auf nahezu die gesamte Wirtschaft übertragen. Deshalb üben heute mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen qualifizierte bis hochqualifizierte Fachfertigkeiten aus – vom Facharbeiter bis zum Spitzenmanager – und gehen damit in der Regel immaterieller Arbeit nach. Die Wettbewerbsfähigkeit dieses Segments der

deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt ist unbestritten hoch.

Dies bedeutet aber auch, daß noch immer knapp ein Drittel der Arbeitsmarktteilnehmer niedrige (oder keine) Qualifikationen aufweisen. Deren Arbeit wird nach dem Ende des Zeitalters der Massenproduktion kaum noch nachgefragt, so daß dieser Personenkreis dem globalen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt für einfache Qualifikationen nicht standhalten kann. Selbst hohe Wachstumsraten könnten daran kaum etwas ändern; sie würden weniger die Zahl der Arbeitslosen verringern, als vielmehr den sich abzeichnenden Fachkräftemangel noch verstärken.

Ein Vergleich der qualifikationspezifischen Arbeitslosenquoten macht dies deutlich. Während 1975 bis 2002 in den alten Ländern und West-Berlin bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent (18,5 Prozent im Osten) nur 3,3 Prozent (5,5 Prozent im Osten) der Hoch- oder Fachschüler ohne Arbeit blieben, lag die Arbeitslosenquote der Männer und Frauen ohne Berufsabschluß bei 19,8 Prozent (49,1 Prozent Ost). Offensichtlich verbirgt sich hinter dieser Diskrepanz zwischen den Qualifikationsprofilen der Produktionsweise und des Arbeits-

marktes die zentrale Ursache der Massenarbeitslosigkeit.

Wie konnte es aber dazu kommen, daß Arbeitsmarkt und Produktionsstruktur so weit auseinanderklaffen? Die wirtschaftspolitische Fehlsteuerung, die für diese Misere verantwortlich ist, liegt lange zurück. Das Wirtschaftswunder förderte in der Rekonstruktionsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg den Anachronismus der materiellen Produktion und machte die standardisierte Massenproduktion erstmals in Deutschland marktfähig. Deutsche Wirtschaftspolitik orientierte sich aber auch nach Ablauf der langen fünfziger Jahre nicht selten an vermeintlichen Notwendigkeiten industriewirtschaftlicher Entwicklung. Sie traf Entscheidungen, die die Rückkehr des Landes an die Spitze der nachindustriellen Entwicklung zur immateriellen Produktion weiter verzögert haben.

Beispiele lassen sich dafür leicht finden. Zu den langfristig folgenreichsten Weichenstellungen zählt die massenhafte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Zweifellos war die Verfügbarkeit über ein wachsendes Arbeitskräftepotential gut ausgebildeter Menschen während der Rekonstruktionsperiode im internationalen Ver-

gleich von großem Vorteil für die westdeutsche Wirtschaft. Nach 1961 unterschieden sich allerdings die neuen Arbeitsmigranten von den bis dahin nach Westdeutschland strömenden mittel- und ostdeutschen Arbeitskräften in zweierlei Hinsicht: Sie verfügten weder über berufliche Qualifikationen noch über Anpassungspotential an neue Berufe, weil ihre Ausbildungsfähigkeit – auch im generativen Wandel – durch soziale und kulturelle Faktoren eng begrenzt war und ist.

Die „Gastarbeiter“ der sechziger und siebziger Jahre entsprachen den Bedürfnissen der industriellen Massenproduktion nach einfacher, ungelernter Arbeit, die in Deutschland traditionell knapp war. Zur Wiederherstellung der früheren Spitzenstellung der deutschen Wirtschaft auf den Märkten für nachindustrielle Maßarbeit konnten sie nichts beitragen.

Im Gegenteil: Die scheinbar unbegrenzte Verfügbarkeit eines aus privatwirtschaftlicher Sicht relativ preiswerten Arbeitskräftepotentials hat den weiteren Ausbau der immateriellen Produktion in vielen Sektoren der deutschen Wirtschaft verzögert. Das gilt vor allem im Vergleich mit wichtigen Wettbewerbern auf dem Weltmarkt. Japan hat von der Möglichkeit, ausländische Arbeitnehmer ins Land zu holen, gar nicht Gebrauch gemacht. Die Vereinigten Staaten und andere klassische Einwanderungsländer haben immer sehr gezielt nach bestimmten Qualifikationen gesucht.

Dagegen ist in Deutschland die Organisation eines Brain Drain in den immateriellen Sektor wesentlich schwieriger, wenn nicht ganz unmöglich. Schuld daran sind rechtliche, soziale und kulturelle Probleme, die die Migration der Industriearbeiter – verstärkt noch durch die Sogwirkung asylrechtlicher Besonderheiten – geschaffen hat.

Deutschland hat nicht die Wahl, sein grundlegendes Organisationsmodell der Wirtschaft aufzugeben. Die große Mehrheit der Deutschen lebt von den Märkten für hochspezialisierte Qualitätsprodukte. Auf deren Wettbewerbsfähigkeit zielen nahezu alle Spielregeln der korporativen Marktwirtschaft ab. Sie sorgen dafür, daß sich Deutschlands Export im globalen Wettbewerb hervorragend behaupten kann. Reformen müssen daher am beste-

henden sozialen System der Produktion ansetzen und seine Stärken weiter ausbauen. Es abzuschaffen hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Liberalen Reformen helfen ebenso wenig. Populäre Stereotypen der wirtschaftlichen Reformdebatte, wie etwa die Arbeit sei „zu teuer“ geworden, um den Arbeitsmarkt zu räumen, werden ohne Berücksichtigung der wirtschaftshistorischen Ursachen des Arbeitslosenproblems zu sinnlosen Beschwörungsformeln. Könnten sie wirklich allgemeine Gültigkeit beanspruchen, wären Entwicklungsländer in der Lage, ihre Rückständigkeit abzustreifen wie Schlangen ihre Haut. Mehr noch: Die präkäre „Vollbeschäftigung“ in den Barrios von Caracas oder in den Slums anderer Metropolen der Dritten Welt müßte als Indikator für gesunde wirtschaftliche Verhältnisse gelten.

Weil dem offensichtlich nicht so ist, lohnt es sich, aus der Geschichte zu lernen. Sie verweist uns auf einfache Tatsachen. Nicht die Arbeit an sich ist in Deutschland zu teuer. Wohl aber liegt der Anteil nichtqualifizierter Menschen am Arbeitsmarkt – ein Erbe des fordistischen Zeitalters – mit einem Drittel viel zu hoch, um in die Tätigkeitslandschaft einer immateriell produzierenden Wirtschaft zu passen. Aus Deutschland wird schwerlich ein Niedriglohland werden. Die richtige Strategie ist vielmehr, diesen Sektor möglichst rasch zugunsten hoch-



Ein Moped zur Begrüßung: Der millionste Gastarbeiter Armado Rodrigues 1964. Foto: dpa

## Anwalt des deutschen Modells



W. Abelsbauser

Werner Abelsbauser (61) zählt zu den renommiertesten Wirtschaftshistorikern in Deutschland. Energisch ficht der Professor aus Bielefeld gegen alle, die der deutschen Marktwirtschaft die Konversion zum angelsächsischen Kapitalismus empfehlen. Zuletzt erschien: „Kulturkampf“. Der deutsche Weg in die neue Wirtschaft. Berlin 2003.

1,7 Millionen, um Anfang des 21. Jahrhunderts mit 2,5 Millionen Arbeitslosen (2001) seinen vorläufigen Höhepunkt zu erreichen. Selbst wenn der Aufschwung zum Boom werden sollte, müßten wir daher mit hartnäckiger Arbeitslosigkeit für 3 Millionen Menschen rechnen, die das Wirtschaftswachstum nicht erreichen wird.

Diese Massenarbeitslosigkeit hat sich seit Ende der siebziger Jahre aufgebaut und entzieht sich allen konventionellen Arbeitsmarkttherapien. Nichts wäre deshalb schlimmer, als angesichts besserer Konjunkturdaten das Problem zu verdrängen. Seine Ursachen liegen tiefer.

Massenarbeitslosigkeit kann viele Gründe haben: Staatsversagen, wie in der Hyperinflation von 1923, Marktversagen, wie in der Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre, oder aber „strukturelle“ Ursachen, die in schweren organisatorischen Verwerfungen der Wirtschaft zu suchen sind. Es gilt also, jene strukturellen Gründe für Massenarbeitslosigkeit zu identifizieren, die verantwortlich dafür sind, daß es dem sozialen System der Produktion in Deutschland immer weniger gelingt, seine wertvollste

## Wie kommen Ungelernte in Arbeit?

Politiker schwadronieren von Kombilöhnen, Ökonomen empfehlen Preisänderungen

Wer nichts gelernt hat, hat in Deutschland ein Problem – und große Chancen, keine Arbeit zu finden. Massenarbeitslosigkeit ist vor allem Arbeitslosigkeit der schlecht Qualifizierten. Im Vergleich dazu halten sich die Beschäftigungsrisiken für Akademiker in Grenzen: Während die Arbeitslosigkeit für Personen mit Universitätsabschluß in Westdeutschland in den letzten 30 Jahren nie über fünf Prozent gestiegen ist, kletterte sie bei Menschen ohne Berufsabschluß auf 22 Prozent (2004); in den neuen Bundesländern beträgt sie gar 50 Prozent.

Die gute Nachricht heißt: Für qualifizierte Arbeitskräfte hat die deutsche Industrie auch in Zeiten der Globalisierung immer noch Jobs. Doch wie kommen die Ungelernten wieder in Lohn und Brot? Darüber sind die Ansichten geteilt. Bildung („Da ist in Deutschland viel versäumt worden“) ist für den Wirtschaftshistoriker Werner Abelsbauser der Schlüssel. (Die F.A.S. bat Abelsbauser gebeten, in einem Essay die historischen Ursachen der deutschen Massenarbeitslosigkeit zu beschreiben.) Die Politik

schwadroniert derzeit gerne vom Kombilohn. Bei ihrer Klausur in Genshagen will die große Koalition sich in den kommenden Tagen dem Thema nähern. Die Idee: Der Staat subventioniert die Löhne, damit es für Arbeitgeber attraktiv wird, wenig qualifizierte Arbeitnehmer einzustellen. Die Mehrheit der deutschen Ökonomen hält von Kombilöhnen gar nichts: „Wirkungslos und teuer“, schimpft Wolfgang Franz, Wirtschaftswissenschaftler in Mannheim und Mitglied im Sachverständigenrat.

Abelsbauers Pessimismus, wonach Unqualifizierte in der deutschen Industrie „systembedingt“ nie eine Chance haben, teilen die Ökonomen ebenfalls nicht. Für sie ist das eine Frage des Preises. Im Klartext: Wer die Ursachen der hohen Arbeitslosigkeit bei Unqualifizierten bekämpfen will, muß die staatliche Existenzsicherung durch die Sozialhilfe (faktisch ein Mindestlohn), senken sowie die Tarife für einfache Arbeit verbilligen. Doch dagegen sträuben sich in Deutschland nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch Politiker (fast) aller Parteien. ank.